

Beantwortung an das Stadtparlament

Einfache Anfrage, "Mitwirkungsprozesse der Stadt Arbon" von Linda Heller, SP

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Linda Heller, SP hat am 14. November 2023 beim Stadtparlament eine Einfache Anfrage mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Einfache Anfrage zu den Mitwirkungsprozessen der Stadt Arbon

Die Stadt Arbon nutzt seit einiger Zeit bei Angelegenheiten mit grossem öffentlichem Interesse ziemlich häufig Pop-Up-Büros und Online-Befragungen. Die Stadt möchte damit u.a. die politische Mitwirkung von Arbonerinnen und Arbonern fördern und es den Bewohnerinnen und Bewohnern möglich machen, ihre Stadt mitzugestalten. Solche Pop-Up Büros und Online-Befragungen gab es u.a. zum Sportplatz Stachen, dem Seeufer, der Aufwertung der Badi Arbon und vielen weiteren Geschäften.

Diese Mitwirkungsprozesse haben Potential, unsere Demokratie zu stärken, da hierbei auch Menschen mitreden dürfen, denen das Wahl- und Stimmrecht ungerechterweise verwehrt ist, wie Z.B. Menschen ohne Schweizerpass oder minderjährige Personen. Ausserdem gibt es weitere Personengruppen, die ungenügend politisch repräsentiert werden; wie man im Stadtparlament erkennen kann, sind das Z.B. Frauen oder Menschen mit einer Behinderung. Die Stärkung des demokratischen Diskurses, bzw. des Mitspracherechts, sehe ich als das grosse Potential dieses Mediums an.

Gleichzeitig kann es passieren, dass gewisse Meinungen und Personengruppen bei diesen Mitwirkungsprozessen überrepräsentiert sind. Zum Beispiel kamen beim Mitwirkungsprozess Sportplatz Stacherholz überproportional viele Menschen vom FC Arbon zu Wort. Des Weiteren gibt es Personengruppen, die im öffentlich-politischen Diskurs überrepräsentiert sind, Z.B. Männer zwischen 40 und 60 Jahre oder Menschen mit Privilegien wie einem hohen kulturellen (z.B. hoher Bildungsabschluss), ökonomischen, sozialen und/oder symbolischen Kapital.

Die Resultate der Mitwirkungsprozesse werden jeweils öffentlich kommuniziert. Was jedoch nicht kommuniziert wird, ist, wer die Personen sind, die sich bei diesen Pop-Up-Büros und Online-Mitwirkungsprozessen beteiligen. Um diese Frage beantworten zu können, sollten demographische Variablen wie Z.B. Geschlecht und Alter erfasst sowie kommuniziert werden. Ausserdem sollen solche Mitwirkungsprozesse stärker auf Personen ausgerichtet werden, die im öffentlich-politischen Diskurs diskriminiert werden oder unterrepräsentiert sind.

Fragen an den Stadtrat:

1. Welche Personengruppen sind bei diesen Mitwirkungsprozessen i.d.R. beteiligt?
2. Werden in Zukunft demographische Variablen erfasst und kommuniziert?



2.1 Wenn nein, wieso nicht? Wenn ja, welche?

3. Inwiefern engagiert sich der Stadtrat für das Einbinden von Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht sowie Menschen mit einer Behinderung in den öffentlich-politischen Diskurs?

Die obenerwähnte Einfache Anfrage beantwortet der Stadtrat wie folgt:

Der Stadtrat bedankt sich für das Interesse und die Anerkennung der Bemühungen, welche die Stadt unternimmt, um die vielfältigen Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung ihres Lebensortes teilhaben zu lassen.

Im Legislaturplan 2019-2023 beabsichtigte der Stadtrat, dass sich die Bevölkerung durch Partizipation verstärkt in die Gemeinwesenentwicklung einbringen kann und insbesondere digitale Mitwirkungsmöglichkeiten gefördert werden. Die Förderung der ePartizipation und weiterer Mitwirkungsmöglichkeiten sind zudem Teil des [Aktionsplans](#) im Rahmen des UNICEF-Labels "Kinderfreundliche Gemeinde".

Die erhöhte Mitwirkung seitens der Bevölkerung beabsichtigt folgende Ziele:

- Bedürfnisorientierte und nachhaltige Gestaltung von Dienstleistungen und Projekten mit hoher Akzeptanz, Identifikation und Legitimation
- Möglichst hohe und barrierefreie Mitwirkung aller Bevölkerungsgruppen – inklusive Personen ohne Stimmrecht – bei kommunalen Entwicklungsprojekten
- Erhöhung von Transparenz und zivilgesellschaftlicher Beteiligung sowie Schaffung einer Kultur des Miteinanders

Um Werkzeuge für digitale Mitwirkungsprozesse zu schaffen, lancierte der Bereich Gesellschaft 2020 ein entsprechendes Projekt. Nach einer umfassenden Plattformevaluation wurde eine Entwicklung auf der Multiservice-Plattform meinThurgau angestrebt. Aufgrund des innovativen Charakters des Projektes konnten Bundes- und Stiftungsgelder für diese Entwicklung akquiriert werden.

Seit Frühling 2022 stehen der Stadt Arbon die eigens entwickelten Tools zur ePartizipation auf www.meinthurgau.ch zur Verfügung. Diese wurden wie erwähnt mittlerweile bereits mehrfach eingesetzt und inzwischen von Kreuzlingen und Frauenfeld ebenfalls erworben.

Da die Stadt Arbon mit dem oben beschriebenen Legislaturziel Pionierarbeit leistet, wurde im September 2021 ein Kurzkonzept Partizipation erarbeitet. In diesem ist ein gemeinsames Verständnis von Partizipation festgehalten und es werden die internen Prozesse zur Qualitätssicherung beschrieben. In diesem Rahmen wurden Mitwirkungsprozesse abteilungsübergreifend besprochen, geplant und umgesetzt. Die Realisierung der Mitwirkungen verblieb jeweils in der Verantwortung der jeweiligen Abteilungen.

Im Rahmen der Überarbeitung des Projektmanagements werden aktuell die internen Prozesse neu definiert. Wie in den Legislaturzielen 2023-2027 festgehalten, ist der Bereich Gesellschaft als interne Koordinationsstelle für Partizipationsprozesse und dessen Qualitätssicherung vorgesehen.

Mittlerweile wurden verschiedenste Formate von Mitwirkungen konzipiert, umgesetzt und anschliessend im Sinne einer lernenden Organisation ausgewertet (siehe [Mitwirkungsplattform](#)). Um bei den Mitwirkungsprozessen eine möglichst breite Personengruppe zu erreichen, wird auf folgende Punkte geachtet:



- Ausgeglichenes Verhältnis zwischen digitalen und "analogen" bzw. klassischen Mitwirkungsmöglichkeiten
- Möglichst einfache Aufbereitung der Informationen (z.B. [Erklärfilm](#))
- Einfache und socialmedia-ähnliche Bedienung der Mitwerkungsstools
- Attraktive Bewerbung sowie Verbreitung der Inhalte für Jugendliche über die Schulen (siehe auch www.arbon.ch/jungewirkenmit)

Wie von Linda Heller erwähnt, wird mit dem erhöhten Einbezug aller Bevölkerungsgruppen eine Stärkung der Demokratie angestrebt. Dabei ist es zentral zu erwähnen, dass Partizipationsprozesse bzw. Online-Mitwirkungen nur beschränkt quantitative bzw. repräsentative Schlussfolgerungen zulassen, sondern qualitative Aussagen generieren, welche der Verwaltung, dem Stadtrat sowie dem Parlament als Entscheidungsgrundlage für die weitere Projekterarbeitung dienen.

1. Welche Personengruppen sind bei diesen Mitwirkungsprozessen i.d.R. beteiligt?

Eine Statistik über Menschen, welche die Mitwirkungsprozesse (online oder physisch vor Ort) besuchen, wird nicht geführt. Es zeigt sich, dass die Mitwirkungen genutzt werden, wenn die Inhalte für die Adressatinnen und Adressaten relevant sind. Daher ergeben sich je Inhalt der Mitwirkungen unterschiedliche Zusammensetzungen der Nutzenden. Bei den Stadtworkshops beispielsweise war das Publikum bezüglich Geschlecht, Alter sowie sozialer und geografischer Herkunft jeweils sehr durchmischt.

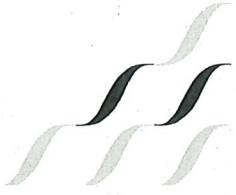
2. Werden in Zukunft demographische Variablen erfasst und kommuniziert?

Es ist nicht vorgesehen, in Zukunft demographische Merkmale zu erfassen und zu kommunizieren. Dieser Anspruch wäre nur durch eine kostenintensive Weiterentwicklung von meinThurgau möglich, welche in einem Missverhältnis zum unmittelbaren Nutzen stehen würde. Um Stigmatisierungen, Zuschreibungen und Rückschlüsse auf die Teilnehmenden auszuschliessen, erachtet es der Stadtrat je nach Anzahl der Teilnehmenden zudem als heikel, demografische Angaben zu veröffentlichen.

Auffällige Übervertretungen, wie im von Linda Heller geschilderten Beispiel, werden im Mitwirkungsbericht offengelegt.

2.1 Wenn nein, wieso nicht? Wenn ja, welche?

Bei den erwähnten Mitwirkungen handelt es sich um informelle Prozesse, welche entweder einen qualitativen Charakter haben oder es sind Formate wie Stadtworkshops, welche die Bedürfnisse der Teilnehmenden in den Fokus stellen und zivilgesellschaftliches Engagement voraussetzen für dessen Realisierung. Der Stadt Arbon ist es wichtig, die Chancengerechtigkeit aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Aus diesem Grund wird der Fokus daraufgelegt, die digitalen oder physischen Prozesse entsprechend zu begleiten und zu moderieren. Sollen soziodemographische Variablen erhoben werden, müsste zuerst erarbeitet werden, welche zu welcher Fragestellung sinnvoll sind. Dabei stellt sich die Frage nach welchen Kriterien diese ermittelt würden ohne subjektiv gefärbte Stereotypen zu schaffen.



3. *Inwiefern engagiert sich der Stadtrat für das Einbinden von Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht sowie Menschen mit einer Behinderung in den öffentlich-politischen Diskurs?*

Der Stadt Arbon ist es ein zentrales Anliegen, dass alle Bevölkerungsgruppen chancengerecht mitwirken können. Personen ohne Stimm- und Wahlrecht können sich uneingeschränkt an partizipativen Prozessen beteiligen. Für die Bewerbung der Mitwirkungsprozesse setzt der Stadtrat bewusst auf unterschiedliche Kanäle. Zudem wird bei Mitwirkungsprozessen darauf geachtet, dass in möglichst einfacher Sprache kommuniziert wird. Auch werden Erklärfilme auf einer übersichtlichen Projektseite publiziert, dessen Untertitel in verschiedenste Sprachen übersetzt werden können. Zusätzlich wird auf eine attraktive und einfach leserliche Bewerbung sowie einen niederschweligen Zugang geachtet. Letzterer wird beispielsweise mittels Pop-up-Büros vor Ort sichergestellt. Um Schülerinnen und Schüler für diese Prozesse zu gewinnen, wurde in Zusammenarbeit mit den Schulen ein Umsetzungskonzept entwickelt. Die Ziele dieses Konzepts sind, dass alle Schülerinnen und Schüler Kenntnis von den Mitwirkungsprozessen haben, in ihrer Freizeit mitmachen und/oder dass Lehrpersonen motiviert werden können, sich mit der gesamten Klasse an einer Mitwirkung zu beteiligen.

René Walther
Stadtpräsident

Alexandra Wyprächtiger
Stadtschreiberin

Arbon, 4. Dezember 2023